

11. Juni 2018

Haushalt 2017 positiv abgeschlossen

12. Delegiertenversammlung der Ärztekammer tagte am 4. Juni 2018

Die 12. Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen am 4. Juni 2018 stand vor allem im Zeichen des Jahresabschlusses 2017 der Ärztekammer. Zu Beginn berichtete Dr. Heidrun Gitter, die Präsidentin der Ärztekammer, aber zunächst vom 121. Deutschen Ärztetag in Erfurt. Relevante Beschlüsse betrafen die Lockerung des Fernbehandlungsverbots, eine sektorenübergreifende Versorgung psychisch Erkrankter und die Novelle der Muster-Weiterbildungsordnung (MWBO). Bei vielen Themen habe es kluge Diskussionen und ebenso kluge Beschlüsse gegeben.

Bei der Weiterbildungsordnung seien einige Zusatzbezeichnungen geblieben oder neu dazugekommen. Das elektronische Logbuch fehle noch. In den nächsten Monaten werden die Weiterbildungsgremien von Bundesärztekammer und Landesärztekammern die inhaltliche Ausgestaltung von Abschnitt B und C endgültig abstimmen, so dass voraussichtlich Ende des Jahres die komplette neue MWBO vorliegen wird, die dann frühestens ab 2019 auf Länderebene beschlossen werden kann. Die Diskussion um die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) sei eher bremsend gewesen, so dass die Umsetzung in dieser Legislatur eher unrealistisch sei.

Dr. Johannes Grundmann, der Vizepräsident der Ärztekammer, ergänzte, dass die Beschlüsse um die GOÄ enttäuschend gewesen seien. So werde es niemals eine neue Gebührenordnung geben. Grundmann kritisierte auch die Struktur des Ärztetags. 330 Anträge mussten beraten werden – eine sinnvolle Diskussion über relevante Themen sei so nicht möglich. Ausdrücklich lobte Grundmann das Dialogforum für junge Ärzte im Vorfeld des Ärztetags. Dort habe er viele motivierte und engagierte junge Kollegen erlebt.

Geriatriekonzept beschlossen

In Bremen – so berichtete Gitter weiter – hat das gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V das neue Geriatriekonzept beschlossen. Mit dem Konzept sollen Versorgungsstrukturen, insbesondere in der akutstationären, rehabilitativen und ambulanten Behandlung bedarfsgerecht optimiert und weiterentwickelt werden. Am 2. Juli werde es von der Gesundheitssenatorin offiziell vorgestellt. In der Zukunftskommission Bremen 2035 sei es zwar gelungen, das Thema Gesundheit und die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft sowie der Praxen als wohnortnahe Arbeitgeber in den Fokus der Kommission zu rücken, noch erhalte das Thema aber zu wenig Beachtung. Für eine mögliche Mediziner Ausbildung in Bremen prüfe man derzeit eine Kooperation mit der Universität Oldenburg. Für den klinischen Teil des Studiums sei Bremen grundsätzlich gut gerüstet. Allerdings sei die Entscheidung für oder gegen eine Mediziner Ausbildung in Bremen auch eine Frage der Kosten.

Gefragt war die Ärztekammer im Rahmen der Debatte um den § 219a: Die Bremer Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm hatte eine gesetzliche Regelung zur Veröffentlichung einer Liste der Ärztinnen und Ärzte gefordert, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Die Idee der Meldeverpflichtung sei bereits im Senat vorgestellt und positiv aufgenommen, eine in der Bürgerschaft angesetzte Debatte aber aus Zeitgründen verschoben worden. In einer Stellungnahme gegenüber der senatorischen Behörde habe die Ärztekammer ihre Skepsis gegenüber einer Meldeverpflichtung zum Ausdruck gebracht. Viele Ärzte würden keinesfalls auf einer solchen Liste stehen wollen. Eine gesetzliche Verpflichtung könne also durchaus kontraproduktiv sein, indem noch mehr Ärzte darauf verzichten, Abbrüche vorzunehmen.



Geplant sei jetzt, die Liste nicht zu veröffentlichen, sondern sie an die Beratungsstellen weiterzugeben und Patienten auf Nachfrage auszuhändigen.

Positives Haushaltsergebnis 2017

Mit einem Überschuss von 58.000 Euro vor Verwendung der Rücklagen schloss das Haushaltsjahr 2017 ab. Das berichtete Dr. Heike Delbanco, die Hauptgeschäftsführerin der Ärztekammer, bei der Präsentation des Jahresabschlusses 2017. Von diesem Betrag wurden 33.000 Euro der zweckgebundenen Rücklage für den 2022 in Bremen geplanten Deutschen Ärztetag zugeführt. Nach Verwendung von zweckgebundenen Rücklagen ergibt sich ein Jahresergebnis von 38.284,56 Euro. Dieser Betrag wurde komplett den zweckgebundenen Rücklagen zugeführt.

Insgesamt hat die Kammer zur Bewältigung ihrer Aufgaben 2.678 Euro aufgewendet. Aufgrund umfangreicher Renovierungsmaßnahmen der beiden Ärztekammer-Häuser an der Schwachhauser Heerstraße hat sich der Aufwand um rund 41.000 Euro erhöht. Relevante Abweichungen vom Haushaltsplan gab es auch bei der Datenverarbeitung, wo nicht alle geplanten EDV-Projekte vollendet werden konnten. Zwar seien die Prüferentschädigungen höher als geplant ausgefallen, da aber entsprechend viele Prüfungen stattfänden, finanziere sich das durch die Einnahme der Prüfungsgebühren gegen, so Delbanco.

Dr. Ernst-Gerhard Mahlmann, der Vorsitzende des Finanzausschusses, bescheinigte der Ärztekammer eine kontinuierlich solide Haushaltsführung und einen sensiblen Umgang mit den Beiträgen der Mitglieder. Der Finanzausschuss hätte gut nachvollziehen können, dass die Investitionen in die EDV notwendig seien, um die Ärztekammer zukunftsfähig zu machen. Auch der Jahresabschluss sei transparent und gut nachvollziehbar vorgenommen worden. Eine tolle Perspektive sei der Ärztetag 2022 in Bremen, den die Ärztekammer gut stemmen könne. Mahlmann empfahl den Delegierten, den Jahresabschluss einschließlich der vorgeschlagenen Veränderungen der Rücklagen zu beschließen und den Vorstand zu entlasten. Dieser Empfehlung kam die Delegiertenversammlung einstimmig nach.

Gebührenanpassung für Qualitätsprüfungen

In einem weiteren Tagesordnungspunkt hatten die Delegierten über eine Gebührenerhöhung für die Qualitätsüberprüfungen der Geräte für Röntgendiagnostik und -therapie sowie der Computertomographen zu entscheiden. Die Qualitätsprüfung ist eine staatliche Aufgabe, die die Ärztekammer Bremen übernommen hat. Sie muss kostendeckend sein. Um das zu garantieren und da die Gebühren seit 2009 nicht mehr erhöht wurden, sei eine Anpassung um zehn bis 16 Prozent erforderlich, so Heike Delbanco bei der Erläuterung des Antrags. In Niedersachsen ist die Anpassung bereits erfolgt, so dass jetzt der Gleichklang mit Bremen hergestellt werden musste. Die Delegierten hatten keine Einwände und beschlossen die Änderung der Gebührenordnung einstimmig.

Fragen zum Jahresabschluss beantwortet Dr. Heike Delbanco, Tel. 0421/3404-232, heike.delbanco@aekhb.de. Die nächste Delegiertenversammlung findet am 3. September 2018 um 20 Uhr statt.